



Bundestags- brief

Nr.253 • Die Woche im Bundestag • 18.10.2019



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Demokratie und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeit-Orte der Demokratiegeschichte stärken

Am gestrigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag einen Antrag der Regierungsfractionen diskutiert, mit denen die Orte der Freiheit und Demokratie stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden sollen.

Ich begrüße diesen Antrag, denn diese Orte brauchen und verdienen mehr Raum in unserem Selbstverständnis. Sie sind mahnende und motivierende Erinnerung, dass Demokratie kein Geschenk ist, sondern eine Errungenschaft, kein ständiger Besitz, sondern eben auch stetes Bemühen erfordern.

„Geschichte wiederholt sich nicht, aber wir können aus ihr lernen.“ Mit diesem Satz beginnt das Büchlein „Über Tyrannei“ des amerikanischen Historikers Timothy Snyder. Aus den Erfahrungen der europäischen Geschichte destilliert er „20 Lektionen für den Widerstand“ gegen Demagogen und Autokraten - für Bürgerinnen und Bürger, die das weltweite Erstarken populistischer Demokratieverächter mit Sorge beobachten. „Die Geschichte“, heißt es darin, „ermöglicht es uns, Muster zu erkennen und Urteile zu fällen. (...) Geschichte erlaubt uns, verantwortlich zu sein (...).“

Zweifellos sind es vor allem die bitteren Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, die für ein verantwortungsbewusstes „Wehret den Anfängen!“ gleichermaßen Motivation und Argumente liefern.

In diesem Sinne fördert der Bund Museen und Gedenkstätten, die Zeugnis ablegen vom Ringen um Freiheit und Demokratie, so wie beispielsweise die Stiftung Hambacher Schloss, das Deutsche Historische Museum oder auch die Politikergedenkstätten des Bundes.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung eine Förderkonzeption für die Orte der Freiheit und Demokratie in Deutschland vorlegen.

Ich bin darüber hinaus sehr dankbar für das breite zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich, etwa im Rahmen der AG „Orte der Demokratiegeschichte“.

Dem berechtigten Anliegen, die lange Geschichte des Ringens um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, wäre allerdings gewiss nicht gedient, wenn der Eindruck entstünde, dass damit das Gewicht des Gedenkens an den Holocaust und an die Opfer totalitärer Diktaturen relativiert werden könnte.

An der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes halten wir deshalb unverändert fest, um den Blick zu schärfen für Entwicklungen, die einst zu Krieg und Vernichtung, zu Gewalt und Unterdrückung geführt haben. Nicht zuletzt der entsetzliche, antisemitisch motivierte Terroranschlag in Halle zeigt, wie bitter notwendig dies ist und bleibt.

Deutschland verdankt seine heutige Identität und sein mittlerweile wieder hohes Ansehen in der Welt zweifellos auch seiner schonungslosen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Zu Recht sind wir vorsichtig, wenn es darum geht, stolz und selbstbewusst zurückzuschauen auf die eigene Geschichte. Doch es stärkt die Kräfte der Zivilgesellschaft und damit auch die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, wenn wir die Chance haben, nicht nur am Ringen mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen.

Arbeiten wir also gemeinsam daran, dass auch die Sternstunden deutscher Demokratiegeschichte ihren angemessenen Platz in unserem Selbstverständnis finden!

Antisemitismus mit starkem Staat bekämpfen

Voller Abscheu verurteilen wir den schweren Anschlag auf jüdisches Leben in Halle am 10. Oktober 2019 und die dahinterstehende rechtsextreme Weltanschauung.

Wir gedenken der beiden Todesopfer, ihren Familienangehörigen gehört unser Mitgefühl. Den Verletzten gelten unsere besten Genesungswünsche. Nur eine massive Tür hat verhindert, dass es zu einem Massaker kam.

Es ist eine bittere Feststellung: Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland müssen weiterhin besonders vor Übergriffen und Gewalt geschützt werden.

Uns in der Union lässt das nicht ruhen, wir nehmen es nicht hin. Wir stellen klar: Wir gehen mit einem starken Staat gegen Antisemitismus vor, egal von wem er ausgeht. Wir wollen und wir werden diesen Ungeist bekämpfen.

Wir prüfen die nächsten Schritte und begrüßen, dass die Innenminister des Bundes und der Länder ihren Kampf gegen den Antisemitismus und gegen die Milieus, aus denen heraus und in denen er lebt, intensivieren.

Leipziger Aufruf zu 30 Jahre Friedliche Revolution

Wir haben uns am 14. Oktober 2019 in Leipzig zu einer außerordentlichen Sitzung der Fraktion getroffen, um die vielen Menschen zu ehren, die mit ihrer Freiheitsliebe und ihrem Mut bei den Gebeten in Kirchen und mit ihren Montagsdemonstrationen im Herbst 1989 das Ende der SED-Diktatur in der DDR eingeläutet haben.

Die friedliche Revolution, die auch und gerade von Leipzig ausging, war ohne einen Tropfen Blut erfolgreich. Sie ist eine Gnade und ein Glück in der Geschichte unseres Volkes. Sie ist Grund großer Freude für uns alle.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sieht sich den mutigen Bürgern von 1989 verpflichtet. Wir in der Union standen immer für die Deutsche Einheit ein, heute arbeiten wir an der inneren Einheit.

Dazu gehört für uns eine fortgesetzte und intensive Aufarbeitung des SED-Unrechts und eine Unterstützung der Opfer.

Zudem sprechen wir uns für einen besseren Zugang zu den Archiven des Unrechts aus und wollen Licht ins Dunkel der Zwangsadoptionen in der DDR bringen. Dies haben wir in unserem „Leipziger Aufruf“ bekräftigt.

Der „Brexit“ wirft seine Schatten voraus

Seit der Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, ist das Vereinigte Königreich bereits vor dem offiziellen Austritt von Rang 5 (2015) der wichtigsten deutschen Handelspartner auf Rang 7 (2019) zurückgefallen.

Diese Entwicklung ist maßgeblich der Unsicherheit über den Zeitpunkt und die Art des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union geschuldet.

Die deutschen Exporte sanken von ihrem Höchststand in 2015 mit 89 Milliarden Euro um 7,9 Prozent auf „nur“ noch 82 Milliarden Euro im Jahr 2018. Nach den vorläufigen Ergebnissen verringerten sich die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich auch im ersten Halbjahr 2019 um weitere 4,6 Prozent.

Die Importe nach Deutschland stiegen dagegen in den vergangenen beiden Jahren noch einmal geringfügig an, sind aber auch im Jahr 2019 bisher um rund 4 Prozent zurückgegangen. Dementsprechend beläuft sich der deutsche Außenhandelsüberschuss in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 auf rund 25 Milliarden Euro.

Die wichtigsten Handelsgüter zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich sind Kraftwagen oder Kraftwagenteile, obwohl der Rückgang dort im Vergleich zu 2015 mit 22,7 Prozent überproportional groß ist. 2018 betrug das Exportvolumen noch 22,5 Milliarden Euro, jedoch ist auch 2019 mit einem weiteren Rückgang des Handelsvolumens im Automobilbereich zu rechnen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)